



Europa zögert, Russlands Geld für die Ukraine zu nutzen

Europa steht vor der Herausforderung, die Ukraine finanziell zu unterstützen, während es zögert, auf die eingefrorenen russischen Mittel zurückzugreifen. Gründe sind wirtschaftliche und rechtliche Bedenken.



Der Angriffskrieg in der Ukraine, der mittlerweile seit drei Jahren andauert, hat Europa mit einer hohen finanziellen Belastung konfrontiert: **nahezu 122 Milliarden Dollar** an direkter Hilfe, zuzüglich weiterer Milliarden, die in die militärischen und verteidigungspolitischen Kapazitäten des Kontinents investiert wurden.

Eingefrorenes Vermögen und europäische

Position

Bisher hat die Region jedoch beschlossen, die **229 Milliarden Dollar** des russischen Zentralbankvermögens, die in der Europäischen Union eingefroren sind und seit Wladimir Putins umfassender Invasion der Ukraine im Jahr 2022 blockiert sind, unangetastet zu lassen.

In der vergangenen Woche verabschiedeten französische Abgeordnete jedoch eine nicht bindende Resolution, die die Regierung auffordert, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu nutzen, um „militärische Hilfe für die Ukraine und ihren Wiederaufbau“ zu finanzieren – konkret die Vermögenswerte selbst und nicht nur die Zinsen, die damit erzielt werden.

Internationale Perspektive und rechtliche Bedenken

Bereits die USA und Kanada hatten Gesetze eingeführt, die den Regierungen ermöglichen, eingefrorene russische Vermögenswerte zu konfiszieren. In den letzten Tagen der Biden-Administration versuchte man außerdem, europäische Verbündete zu überzeugen, die blockierten russischen Gelder zu beschlagnahmen.

Ein Fortschritt wurde in der letzten Woche erzielt, als das Europäische Parlament eine Resolution zur Beschlagnahmung russischer eingefrorener Vermögenswerte für die „Verteidigung und den Wiederaufbau“ der Ukraine zustimmte. Der Text der Resolution muss jedoch noch von den Abgeordneten des Parlaments abgestimmt werden.

Finanzierung und Unterstützung für die Ukraine

Die EU nutzt bereits die Zinsen aus den eingefrorenen Fonds,

um **multimilliardenschwere Kredite** an die Ukraine zu unterstützen. Dennoch bleibt die Zögerlichkeit der europäischen Regierungen hinsichtlich der Beschlagnahmung des Kapitals bestehen. In einer vorsichtigen Einschätzung des britischen Premierministers Keir Starmer am 15. März wird dies als „kompliziertes Problem“ beschrieben.

Ökonomische und rechtliche Herausforderungen

Die Bedenken sind sowohl wirtschaftlicher als auch rechtlicher Natur. „Wir fassen diese russischen Vermögenswerte nicht an“, erklärte die französische Regierungssprecherin Sophie Primas letzte Woche den Journalisten und warnte, dass dies einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen könnte, der ausländische Investitionen in Europa abschreckt, während die Regierung rechtliche Wege untersucht, um die Mittel zu nutzen.

Ein Land wie China könnte, im Bewusstsein möglicher europäischer Sanktionen bei einer Invasion Taiwans, zögern, Mittel in der Region zu investieren, so das Argument. Russland hat in den letzten Jahren zunehmend seine offiziellen Mittel aus den USA abgezogen, offenbar aus Angst vor möglichen Reaktionen auf seine Aggressionen in der Ukraine und Georgien.

Rechtsstaatlichkeit und zukünftige Perspektiven

Die zögerliche Haltung Europas zur Beschlagnahmung – und nicht nur zur Einfrierung – russischer Vermögenswerte gründet sich auf einem der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts: die Immunität der Staatsvermögen im Ausland vor Beschlagnahmung. Laut Frédéric Dopagne, Professor für Öffentliches Völkerrecht an der Universität Louvain in Belgien, wäre die Begründung für die Beschlagnahmung von Russlands Vermögenswerten daher von entscheidender Bedeutung.

Reparationen für die durch Russland verursachten Schäden in der Ukraine sowie die Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine gegen Aggressionen sind die stärksten rechtlichen Argumente, die Europa ins Feld führen könnte. Als die USA das Gesetz zur Wiederherstellung wirtschaftlicher Prosperität und Chancen für Ukrainer im Jahr 2024 verabschiedeten, wurde die Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte damit gerechtfertigt, dass diese dazu dienen sollten, die Ukraine wieder aufzubauen. Bei der Debatte über die nicht-bindende Resolution stimmten die französischen Abgeordneten außerdem für einen Änderungsantrag, der ausdrücklich die Verwendung russischer Vermögenswerte zur Finanzierung der eigenen Verteidigung Europas ausschloss.

Unklare Zukunft und hoffnungsvolle Ansätze

Mit rund zwei Dritteln aller eingefrorenen russischen Gelder, die in der EU liegen, sind die Einsätze – und die potenziellen Vorteile – für europäische Regierungen weitaus höher als für die USA. Dopagne von der Universität Louvain wies darauf hin, dass die Zögerlichkeit Europas teilweise auf einen Mangel an historischen Präzedenzfällen zurückzuführen ist. Nach den Weltkriegen I und II war ein besiegtes Deutschland verpflichtet, Reparationen im Rahmen internationaler Verträge zu zahlen. Doch da ein sogar 30-tägiger Waffenstillstand mit Moskau nicht in Sicht ist, ist ein solches Nachkriegsabkommen mit Russland eher eine ferne Perspektive.

Einigkeit unter den Mitgliedstaaten erforderlich

Die Argumente beider Seiten des Streits haben bisher nicht die kritische Masse erreicht. Staaten wie Belgien, die den größten Teil der eingefrorenen russischen Vermögenswerte (etwa 193 Milliarden Dollar, laut dem ukrainischen Think Tank Institute of Legislative Ideas) besitzen, bleiben skeptisch, und die

Unterstützung wirtschaftlicher Schwergewichte wie Deutschland wäre für eine breitere europäische Einigung entscheidend. Jede EU-weite Maßnahme würde nahezu sicher die einvernehmliche Zustimmung aller Mitgliedstaaten erfordern, was aufgrund der Unterstützung Russlands durch die ungarische und slowakische Regierung ein unwahrscheinliches Ergebnis darstellt.

Beamte der Biden-Administration hatten gehofft, Russlands eingefrorene Mittel als Druckmittel in Friedensverhandlungen zu nutzen, um Putin zum Verhandlungstisch zu bewegen. Unter den enthusiastischen Annäherungen Donald Trumps an Moskau und den ersten Schritten in Richtung eines Friedensabkommens nach drei Jahren Kampf könnte eine europäische Beschlagnahme von Russlands Vermögen vielmehr das Verhandlungsdramaturgie belasten, anstatt sie zu fördern.

Fürs Erste scheint Moskaus Kapital sicher außerhalb europäischer Reichweite zu liegen.

Bericht von CNN von Sérène Nourrisson.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at